Suhler Andere Zeitung

32. Jahrgang / Nr. 369 April 2023 Preis: eine Spende

Solidarität mit den Streikenden – nicht nur am 1. Mai

Seit einigen Wochen bestimmen sie immer wieder die Bilder in der Presse. Die Gelben Warnwesten, die roten Trillerpfeifen. Tausende Gewerkschaftler:innen kämpfen zusammen auf der Straße um die Anerkennung, die ihnen zusteht. Der diesjährige 1. Mai steht ganz im Zeichen der deutschlandweiten Tarifstreiks im Öffentlichen Dienst, in Krankenhäusern und bei der Bahn. Die Kolleg:innen streiten für eine fairere Bezahlung in Zeiten von außergewöhnlicher Inflation, Pandemienachwirkungen und Energiepreisexplosion. Sie alle haben die Köpfe hingehalten, als es darum ging, die Pandemie zu bewältigen. Seien es die Kolleg:innen in den kommunalen Gesundheitsämtern, die Kindergärtner:innen im Notienst oder die Pfleger:innen in den Krankenhäusern und Seniorenheimen, sie alle verdienen einen guten Tarifabschluss. Im Kern geht es Ver:di um durchschnittliche Gehaltssteigerungen von 10,5%, mindestens aber 500 EURO (Azubis: 200 EURO). Dafür sehen die Forderungen bewusst KEINE Einmalzahlungen vor, da mehr Wert darauf gelegt wird, dauerhaft die Lohntabelle nach oben anzuheben.

Zugegeben, solche großen Zahlen ist man aus den vergangenen Runden nicht gewöhnt und so überrascht die erste Reaktion der kommunalen Arbeitgeber nicht wirklich. Es folgte die traurige Ballade der chronisch klammen Kassen. Sie endete in mageren 8%, gestreckt auf zwei Jahre. Zur Abwehr von weiteren dauerhaften Tarifsteigerungen sollten einmalige 3000 EURO als Ablasshandel genügen. Für die Azubis war dann leider, leider nix mehr übrig. Was für ein fatales Signal in Zeiten von Personal- und Fachkräftemangel, gerade im öffentlichen Dienst. Nachdem gerade die öffentlichen Kassen in den vergangenen Jahren Rekord-Steuereinnahmen verbuchen konnten, muss sich so wenig Wertschätzung für die Bediensteten, wie ein Schlag ins Gesicht anfühlen.

Zwischenzeitlich liegt ein Schlichtungsergebnis vor, welches Licht und Schatten beinhaltet. Anstelle von Tarifanpassungen ist bis März `24 ein Fixbetrag von 220 EURO im Monat getreten, im Juni gibt's knapp 1000 EURO dazu. In der Tabelle ändert sich erst danach etwas. Dann gibt's 200 EURO als Sockelbetrag + 5,5% als Gehaltsplus. Im Schnitt wird so ein Zuwachs von 11,5%, bzw. 420 EURO angeboten.

Jetzt liegt es in den Händen der Kolleg:innen in den Kindergärten, Schwimmbädern, Ämtern, Stadtreinigungen, Bussen und Bauhöfen, ob sie dieses Ergebnis annehmen wollen.

Positiv hervorzuheben ist an dieser Stelle, dass es gelungen ist eine Übernahmegarantie für die Azubis herauszuhandeln. Außerdem profitieren sie jeweils hälftig von den Zuwächsen der Tarife.

Eine der größeren Streikdemos der vergangenen Jahre hier in Suhl geht jedoch auf die Rechnung der Bediensteten des SRH-Klinikums. Sie traten vor wenigen Tagen in den Ausstand, mit ähnlichen Forderungen, wie denen des öffentlichen Dienstes. Auch hier waren die ersten Angebote der Arbeitgeberseite eher peinlich, als wertschätzend. Gerade diese Kolleg:innen waren in der Pandemie an der vordersten Front. Wir haben vom Balkon geklatscht und sie mit schweren Corona-Symptomen auf Arbeit geschickt, damit unser Gesundheitssystem nicht kollabiert. Hier muss endlich spürbar was im Portemonnaie passieren! Genaueres dazu findet ihr in einem Artikel von Jill-Noah in dieser Ausgabe der SAZ.

Während es beim SRH gut aussieht für den neuen Tarifabschluss, würden sich die befreundeten Kolleg:innen beim Medizinischen Versorgungszentrum (MVZ) in Schmalkalden schon über einen Tarifvertrag freuen. Im Gegensatz zum SRH handelt es sich hierbei aber nicht um einen kapitalorientierten Gesundheitskonzern, sondern um ein kommunales Unternehmen des Landkreises Schmalkalden-Meiningen. Seit Monaten tobt hier ein Streit, bei dem die Mitarbeitenden einfordern, mit den Kolleg:innen der Muttergesellschaft, dem Elisabeth-Klinikum, gleichgestellt zu werden. Dass auch dort nicht fürstlich verdient wird, steht auf einem anderen Blatt.

Als LINKE stehen wir solidarisch an der Seite der Streikenden der Tarifrunden 2023. Abgeordnete der Landtagsfraktion nahmen an den Kundgebungen von Ver:di teil und unterstützen nach allen Möglichkeiten direkt vor-Ort. So ist MdL Patrick Beier regelmäßig bei den Beschäftigten des MVZ in Schmalkalden und setzt sich im Kreistag dafür ein, dass der Landkreis als Arbeitgeber endlich die Gespräche für einen Tarifvertrag aufnimmt. Der stolzen Sozialdemokratie im Landkreis würde das gut zu Gesicht stehen.

Der Suhler MdL Philipp Weltzien unterstützte die Streiks der Beschäftigten des SRH Klinikums. Er betonte in seinem Grußwort die besondere Rolle des Klinikums als größter Arbeitgeber der Region. „Wir haben in den vergangenen Monaten das SRH als Arbeitgeber stark unterstützt. Ich erinnere da an den Erhalt des Perinatalzentrums und dem Ausbau der Notaufnahme. Jetzt ist es an der Zeit, dass das SRH euch etwas davon etwas abgibt!"

DIE LINKE. Ist und bleibt solidarisch mit den Streikenden – nicht nur am 1. Mai!

– Philipp Weltzien –

Landesparteitag Sömmerda am 22./23. April

Als ich vor ein paar Wochen die Einladung und die Materialien zur 3. Tagung des 8. Landesparteitages erhielt, war ich nicht begeistert. In der letzten Zeit hadere ich mit unserer Partei: So viele Probleme, die wir bearbeiten müssten, so wenig Lösungsansätze und Vorschläge, dafür aber gegenseitige Beschimpfungen, Schuldzuweisungen, Ideen zur Gründung einer neuen Partei etc.

Nun liegt die Disziplin aber in der Familie, also anmelden und reinlesen:

G1: Gemeinsamer Prozess für ein zukunftsfähiges Regierungsprogramm in Thüringen 2024, G2: Weil es möglich ist...!, G3 Für eine starke LINKE Thüringen, starke Strukturen schaffen.

2024 ist Wahljahr und so steht im Material „ein zukunftsfähiges Regierungsprogramm, authentisch umgesetzt von einem Team aus ... kompetenten Abgeordneten und unserem LINKEN Regierungsteam um Bodo Ramelow... ein sozial gerechtes, demokratisches, ökologisch nachhaltiges Thüringen...“ Die Rede des Ministerpräsidenten Bodo Ramelow erwartete ich mit gemischten Gefühlen. So manche Aussage von ihm in Bezug auf den Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine kann ich nicht nachvollziehen. Aber, es gelingt ihm jetzt durchaus mich abzuholen. Man merkte, er steht im Thema, kennt alle Anträge und lässt sich auch vom provokativen Aufsteller der CDU vor dem Volkshaus nicht beirren.

Dann kam G4: „Frieden für die Ukraine. Die Kriegslogik durchbrechen.“ Eingebracht vom Landesvorstand. Zu diesem Thema gab es 2 Ersetzungsanträge, einen „Friedenspolitischen Antrag“ der KPF und etliche kleinere Änderungsanträge. Schlimmste Befürchtungen meinerseits blieben aus. Die Diskussion dazu war intensiv, emotional und ja, auch angespannt. Es blieben jedoch alle recht sachlich. Einig waren sich alle, dass Russland einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg führt, dass Russland seine Truppen zurückziehen, Waffenlieferungen problematisch sind und nicht zum Frieden führen und gemeinsam mit allen friedensbewegten Gruppen eine diplomatische Lösung gefunden werden muss. Der Ersetzungsantrag von Steffen Kachel, Evelyn Sittig und anderen Genoss:innen wies auf die Vorgeschichte des Krieges, die Politik der USA und die Rolle der NATO hin. Außerdem wurde auf das historische Wissen und die im Kapitalismus existierenden Gruppen hingewiesen, die durchaus an der Zuspitzung von Konflikten und Auslösung von Kriegen hohe Profite erzielen. Auch Putin führe diesen Krieg nicht allein. Hinter ihm stünden oligarchische Interessen der russischen Oberschicht.

Meine Stimme bekam dieser Ersetzungsantrag mit dem Titel „Frieden in der Ukraine. Nein zum Krieg! Nein zur Aufrüstung!“.

Die Mehrheit der Stimmen ging an den Vorschlag des Landesvorstandes, wobei einige Änderungsanträge eingearbeitet wurden.

Das anschließende Frauenplenum zu feministischen Themen in Partei-, Kommunal-, Landes- und Europapolitik war hochinteressant. Katharina König sprach zu feministischer Außenpolitik, einen Frauenkongress mitten im Krieg 1915. Ich muss zugeben, da brauche ich noch etwas Nachhilfe. Ein lohnendes Thema für das nächste Gesprächsforum!!

Der 2.Tag begann mit der Rede von Martin Schirdewan. Mit Grüßen von Alexis Tsipras beginnend, folgte eine sehr klare Analyse der gegenwärtigen Situation und eine deutliche Benennung der politischen Schwerpunkte der LINKEN: soziale Gerechtigkeit, Solidarität und Abrüstung bzw. Frieden. Seine Art und die Rede haben mir Hoffnung gegeben, dass es mit linker Politik weitergehen muss und kann. Danke!

Wichtig fand ich auch den Antrag D3, in dem es um die Unterstützung der Gewerkschaften und die Solidarität mit den Arbeits- und Tarifkämpfen ging. Sollte eigentlich selbstverständlich für uns Linke sein...

Interessant fand ich, dass die Mehrheit der Delegierten Frauen war und junge diverse Menschen den Ablauf der Tagung leiteten. Wir standen noch etwas beisammen auf dem Parkplatz mit guten Gesprächen und Soli-Mate – vielleicht doch noch Hoffnung auf Rettung der LINKEN trotz oder gerade wegen unserer Pluralität!?

– Heidemarie Schwalbe –

Die Deligierten der LINKEN.Suhl: Claudia H., Ronja Lenz , Philipp Weltzien und Heidemarie Schwalbe

Suhler ANDERE Zeitung Mitteilungsblatt der Partei DIE LINKE.Suhl, erscheint monatlich im Selbstverlag | **Preis:** eine Spende | **Herausgeber:** DIE LINKE. Stadtvorstand Suhl, Rimbachstraße 20, 98527 Suhl | **Tel./Fax:** 03681/308158 | **Web:** www.die-linke-suhl.de **Email:** rgeschaeftsstelle@die-linke-suhl.de **IBAN** DE59 8405 0000 1705 0071 51 **BIC** HELADEF1RRS, Rhön-Rennsteig-Sparkasse Suhl **V.i.S.P.:** Ina Leukefeld | Alle Autoren arbeiten ohne Honorar. Einzelne Beiträge müssen nicht in jedem Falle mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen **Redaktionsschluss** unserer Juni-Ausgabe 2023 ist am 22.05.2023.

ANDERSWO GELESEN

Zu den Protesten in Frankreich

Gegen die Anhebung des Renteneintrittsalters von 62 auf 64 Jahre erklärt „publik“, die Mitgliederzeitung von ver. di, in ihrer Ausgabe 2/2023 auf: *Das sei doch harmlos im Vergleich zur deutschen Regelung, hört man hierzulande oft. Umgekehrt wundern sich französische Protestierende, wie widerstandslos die Rente mit 67 hier durchging. Dass es in Deutschland verboten ist, gegen ein solches Gesetz zu streiken, wird mit Unglauben vernommen. Allerdings existiert der Anspruch auf volle Rente mit 64 in Frankreich nicht automatisch. Dafür müssen Beschäftigte 43 Jahre eingezahlt haben. Eine Rente ohne Abschlag unabhängig von der Einzahldauer gibt es auch in Frankreich erst mit 67.*

Darüber hinaus gehe es prinzipiell um die weitere Benachteiligung der Arbeit zugunsten des Kapitals.

In den letzten Jahren profitierten Großunternehmen in Frankreich von massiven Steuervergünstigungen, infolgedessen fehlen jetzt 52 Milliarden in den Rentenkassen. Und nicht nur die „Reform“ an sich zeugt von Verachtung der Beschäftigten, sondern auch die Art, wie sie durchgesetzt wird, nämlich im Schnellverfahren und ohne vorherige Verhandlungen mit den Gewerkschaften.

So wundert es meiner Meinung nach nicht, dass der Protest von der Bevölkerung getragen wird.

– Sonja Reinhardt –

Tag der Befreiung am achten Mai

Am achten Mai 1945 kapitulierte die deutsche Wehrmacht bedingungslos vor den alliierten Streitkräften. Das Deutsche Reich wurde dadurch handlungsunfähig und die Herrschaft der Nationalsozialisten beendet.

Der Jahrestag dieses Ereignisses wird heute als Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus gefeiert. In den zu der Zeit von Deutschland besetzten Gebieten mag das tatsächlich zutreffen, aber etwas in mir sträubt sich dagegen, von einer Befreiung der Deutschen von den Nazis zu sprechen.

Selbst nach dem Ende der Diktatur haben viele der faschistischen ehemaligen Funktionsträger nichts von ihrer Macht eingebüßt. In den Parlamenten auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs nahmen bereits lange vor 2014 Mitglieder von faschistischen Parteien Platz. Und sowohl das Ministerium für Staatssicherheit der stramm antifaschistischen DDR, als auch der Bundesnachrichtendienst und das Bundesamt für Verfassungsschutz der BRD rekrutierten ihre Mitglieder aus den Reihen der SS und Gestapo, wo die Nachwirkungen ihrer antidemokratischen Gesinnung bis heute dafür sorgen, dass linke Aktivist*innen Repressionen erfahren, während eine von ihnen beobachtete neonazistische Terrororganisation ungestört Anschläge verüben konnte.

Ebenso waren die Nazis keine Besatzungsmacht in Deutschland, die gegen den Willen des Volkes agiert hat. Viele Deutsche stellen sich heute gern vor, dass ihre Vorfahren dem Regime Widerstand geleistet hätten. Dass sie politisch Verfolgten bei sich Unterschlupf gegeben, oder durch subversive Aktionen Hitlers Machtapparat direkt geschadet hätten. Doch so tröstlich, wie der Gedanke auch ist, unsere geliebten Eltern und Großeltern hätten nicht ihren Anteil am Krieg und am Völkermord gehabt, der damals von Deutschland ausging, so ernüchternd ist die Erkenntnis, dass nur wenige Menschen sich tatsächlich gegen die Unterdrückung zur Wehr setzten. Und noch weniger von ihnen den Tag der Befreiung selbst erlebt haben.

Totalitäre Systeme bestehen nicht nur aus blutrünstigen Massenmördern. Sie werden auch von den Menschen getragen, die vor den Verbrechen, die von ersteren verübt werden, die Augen verschließen und weiter ihrem Alltag nachgehen. Entweder aus Angst, selbst dem System zum Opfer zu fallen, oder weil ihnen das Unrecht, das Anderen widerfährt, einfach gleichgültig ist, solange sie selbst unbehelligt leben können. Lasst uns den achten Mai also als Inspiration nehmen, im Angesicht des Unrechts nicht genauso gefügig zu werden und den Kampf um die Befreiung der Menschheit vom Faschismus zu Ende zu führen. Damit unsere Enkelkinder später zu Recht sagen können: „Meine Oma und mein Opa waren damals im Widerstand.“

– Jonas Kühnert –

Streik am SRH Zentralklinikum Suhl

Am 13.04.23 streikte das Personal des SRH Zentralklinikums, um den Forderungen der Tarifkommission und Ver.di´s Nachdruck zu verleihen. Das Angebot des Arbeitgebers war zu dem Zeitpunkt sehr beschämend. Ganze 4,5% Lohnerhöhung und eine Einmalzahlung boten sie an. Ver.di forderte hingegen 10,5%, aber mind. 500 EURO mehr für jeden Arbeitnehmer, sowie das Einführen einer neuen Lohnstufe, um langjährige Beschäftigte im Betrieb zu halten. Da es nach der 4. Verhandlungsrunde immer noch kein entgegenkommen von der Arbeitgeberseite gab, rief Ver.di in den Kliniken zum Warnstreik auf. Diesem Aufruf kamen ca. 180 Beschäftigte des Suhler Klinikums nach. Ab 6:00 Uhr morgens wurde sich vor dem Klinikum versammelt, um gemeinschaftlich um 8:00 Uhr mit dem Demonstrationszug durch das Wohngebiet Richtung Stadt zu ziehen. Unter lautem Pfeifen, Trillern und Rufen, wurden regelmäßig Parolen im Rahmen der Forderungen gerufen. In der Stadt angekommen gab es neben Bratwurst und Heißgetränken, einige Redebeiträge. Anschließend fuhr der Demonstrationszug mit einem Zwischenhalt am Platz der Deutschen Einheit weiter durch die Innenstadt und anschließend zurück zum Klinikum. Gegen 15:00 Uhr war der Streik beendet. In Verbund mit den anderen streikenden Kliniken, schien er ein voller Erfolg gewesen zu sein. Denn in der nachfolgenden Verhandlungsrunde, kam der Konzern den Forderungen bedeutend Entgegen. So wurden 10% für die Beschäftigten, sowie wie 2 Einmalzahlungen mit einem Gesamtbetrag von 1500 EURO angeboten.

– Jill-Noah Woita –

Die SAZ nach dem Lesen weitergeben!

Komm,wir ziehen in den Frieden! Ostermarsch 2023

Der Ostersonnabend war frisch, Mütze und Handschuhe waren ein gern genutzes Accessoire beim diesjährigen Ostermarsch. Am 08. April trafen sich Friedensaktivisten an der Kreuzkirche in Suhl. Aufgerufen hatte "Die Linke" und der Kirchenkreis Hennebrger Land. Diakon Adelino Massuvira Joao war es auch der eine Friedensandacht abhielt. Gemeinsam sangen die rund 30 Teilnehmenden “We shall overcome” So haben die Schwarzen in den USA gesungen und später auch in Südafrika und anderswo. „Wir werden es schaffen: Weil Gott für die Menschen das Gute bereit hält.“ So übersetzt sich dieses Lied und das war auch die Grundidee die Adelino in seiner Andacht den Menschen mit auf den Weg zur Friedenseiche gab, denn hier fand die Kundgebung zum Ostermarschen 2023 statt. Es waren die Mitglieder unserer Partei , die das Mikro in die Hand nahmen und Ihrem unbedingten Willen nach Frieden mit Worten Ausdruck verliehen. Unser Stadtvorstand war zufrieden mit diesem Zeichen für den Frieden, dass von unserer Partei ausging. Doch auch Enttäuschung war zu spüren, wo waren Christen, Grüne und die vielen Anderen die sich so sehr den Frieden wünschen? Es waren 30 Suhler:innen die in den Frieden gezogen sind. – Steffen Hartwig –

Trotz ausgesprochen kaltem und nassem Wetter am 1. April trafen sich die Suhler Linken zu ihrem jährlichen Subbotnik, um dem Unteren Markt ein sauberes Gesicht zu geben (Kein Aprilscherz).

Termine Mai 2023

01.05.	10:00 Uhr	„Tag der Arbeit“, Unterer Markt
03.05.	17:00 Uhr	Stadtrat
04.05.	14:00 Uhr	Polit-Café Geschäftsstelle mit Steffen Dittes
06.05.	09:00 Uhr	Gesamtmitgliederversammlung Michel Hotel
08.05.		Tag der Befreiung (10 Uhr Ehrenmal)
09.05.	16:30 Uhr	Stadtvorstand, Geschäftsstelle
11.05.	19:00 Uhr	Gesprächsforum Alternativ „Mehr Demokratie in der Arbeitswelt wagen, aber wie? (Sandro Witt)
15.05.	17:30 Uhr	Fraktion, Geschäftsstelle
22.05.	17:30 Uhr	Fraktion Geschäftsstelle
25.05.	14:00 Uhr	Polit-Café Geschäftsstelle
29.05.	17:30 Uhr	Fraktion Geschäftsstelle

Gesamtmitgliederversammlung

Der Ortsverband die Linke.Suhl befindet sich seit einiger Zeit im Wandel. Die sinkenden Mitgliederzahlen und der „Generationswechsel“ sind weithin bekannt. Wir merken, dass wir immer wenige Aktive haben, die an Veranstaltungen teilnehmen und an verschiedenen Stellen helfen. Doch Partei ist Ehrenamt und wir können und wollen niemanden zur Mitarbeit zwingen. Im Herbst steht die Neuwahl des Vorstandes an und auch hier gibt es Probleme. In den letzten Wochen sind wir häufig nicht mehr beschlussfähig gewesen und mussten Sitzungen sogar verschieben. Auch hier kann niemandem ein persönlicher Vorwurf gemacht werden, da der Vorstand nun mal mittlerweile aus berufstätigen jüngeren Menschen besteht im Vergleich zu vorher, als mehr Vorstandsmitglieder bereits in Rente waren und die meisten Kinder schon aus dem Haus. Aber dennoch müssen wir mit dieser schwierigen Situation irgendwie umgehen. Deshalb haben wir uns Gedanken gemacht, wie der Vorstand in Zukunft aussehen kann, um arbeitsfähig zu sein und wie wir dafür sorgen können, dass alle wichtigen Themengebiete, für die ein Vorstand verantwortlich ist, auch bearbeitet werden. Dieses Konzept werden wir euch am 06.05.2023 auf der nächsten Mitgliederversammlung im Michel Hotel ab 9:00 Uhr vorstellen und mit euch diskutieren.

– Ronja Lenz –